

Bericht
über den Besuch des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundesta-
ges in Minsk und Moskau
vom 14. bis 18. September 2004

Belarus

Der Besuch in Minsk war geprägt von zahlreichen intensiven Gesprächen mit sämtlichen relevanten weißrussischen Oppositionellen (siehe Programm Anlage). Diese beeindruckenden Persönlichkeiten stehen in Belarus sämtlichst unter Beobachtung und sogar Verfolgung des Regimes, waren aber dennoch dankbar dafür, von westlichen Politikern wahrgenommen zu werden, und sahen darin eher einen Schutz als eine zusätzliche Gefährdung ihrer Person.

In den Gesprächen mit den Oppositionellen dominierte die Sorge, dass durch das von Lukaschenko zeitgleich mit den Parlamentswahlen für den 17. Oktober angesetzte Verfassungs-Referendum zur Genehmigung einer dritten Amtszeit des Präsidenten die „diktatorischen“ Zustände in Belarus weiter verfestigt werden könnten. Bei den Parlamentswahlen selbst stehe schon Wochen vorher fest, dass diese vor allem durch die Verweigerung der Registrierung von Oppositionsparteien, die mangelnde Vertretung der Opposition in den Wahlkommissionen und die fehlende Pressefreiheit weder fair noch frei sein würden. Hinzu komme, dass mit massiven Manipulationen bei der Stimmenausschüttung zu rechnen sei.

Die Oppositionellen verwiesen darauf, dass über das Registrierungsverfahren für Parteien und NGOs seit zwei Jahren keine erfolgreiche Registrierung mehr durchgeführt werden können (die Regierung aber die Registrierungsgebühr von über 400 USD trotzdem stets einbehalte), und dass über das Steuerrecht und weitere Verwaltungsvorschriften die NGOs immer wieder bei ihrer Arbeit massiv schikaniert werden.

Die Repressionen des Regimes gegen eine sich allmählich entwickelnde Zivilgesellschaft haben sich mit dem Verbot des unabhängigen Gymnasiums „Lyzeum“ und der „Europäischen Humanistischen Universität“ in jüngster Zeit unmittelbar auch auf das Bildungssystem ausgeweitet. Dieser für die Zukunft des Landes wichtige Bereich ist inzwischen durch „Re-Sowjetisierungs-Tendenzen“ gekennzeichnet.

Die Oppositionellen beklagten sich zum Teil über mangelnde konkrete Handlungen des Auslands gegen das Lukaschenko-Regime, forderten die „Umsetzung“ zahlreicher im Westen verabschiedeter Resolutionen, verwiesen darauf, dass Lukaschenko selbst die OSZE-Schluss-Erklärung von Istanbul 1999 unterzeichnet habe und daran offensiver gemessen werden müsse, hielten aber ihrerseits etwaige Sanktionen nicht für aussichtsreich.

Von offizieller weißrussischer Seite wurde unsere Delegation nur sehr zögerlich wahrgenommen. Der Informationsminister, in dessen Ressort auch die Pressefreiheit fällt, verweigerte ein angefragtes Gespräch mit dem Hinweis, für Menschenrechte „nicht zuständig“ zu sein. Angeblich fehlende Zuständigkeit wurde auch im Justizministerium auf alle kritischen Fragen als Ausflucht verwendet. Sowohl im Außenministerium als auch von zwei regime-stützenden

Parlamentsabgeordneten wurde als Reaktion auf Menschenrechtskritik darauf verwiesen, dass Belarus in diesem Bereich angeblich keine Vergleiche mit anderen GUS-Staaten scheuen müsse und dass im Lande immerhin erfolgreich Stabilität und Sicherheit gewährleistet würden.

Insgesamt war der Besuch gerade aufgrund der überaus positiven Reaktionen aus der NGO-Szene ein großer Erfolg. Unser Verweis darauf, uns im Ausschuss für eine verstärkte und nachhaltige Befassung mit der Situation der Menschenrechte in Belarus einzusetzen, wurde dankbar aufgenommen.

Russland

Der Besuch in Moskau erfolgte unmittelbar nach dem Geiseldrama von Beslan und den Reaktionen des Machtapparats in einer überaus kritischen und wichtigen Zeit. Russland ist bis in die Szene der NGOs und Menschenrechtler hinein von Beslan noch weit stärker traumatisiert, als das vom Westen aus wahrgenommen wird. Die NGOs und auch kritische Journalisten befürchten wohl zu Recht, dass aus dem weiter gestiegenen Sicherheitsbedürfnis der russischen Bevölkerung zusätzliche Bedrohungen für Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten erwachsen werden. Erste Zentralisierungstendenzen und zum Teil „drakonische“ Reden des Präsidenten lassen weitere Verschärfungen befürchten. Argumentativ ist es angesichts der massiven Terrorbedrohung für die Menschenrechtler und kritischen Journalisten noch weit schwerer geworden, hier gegenzuhalten.

Von Gesprächspartnern jenseits des Regierungslagers wurden die angekündigten Beschlüsse des Präsidenten, Gouverneure künftig nicht mehr wählen zu lassen und mit der Einführung eines Verhältniswahlsystems die letzten unabhängigen Parlamentarier aus der Duma zu verbannen, übereinstimmend als „Rückschritte“ im Demokratisierungsprozess bewertet.

Um Rechtsstaatlichkeit in Russland weiter zu entwickeln, müsse vor allem auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung mehr getan werden, weil hier die Basis für unabhängiges, effektives und kontrollierbares Verwaltungshandeln liege. Von einer unabhängigen Justiz könne in Russland genauso wenig gesprochen werden, wie von unabhängigen elektronischen Medien.

Auch russische NGOs berichteten über massive Behinderungen ihrer Arbeit durch verschärfte staatliche Registrierungs- und Besteuerungsverfahren. Putin habe mit einer vielbeachteten Rede im Mai, in der er unabhängigen NGOs vorgeworfen habe, vom westlichen Ausland gesteuert zu sein, den NGOs sehr geschadet. Zudem bestünde die Gefahr, Putin könne mit der angekündigten Gründung halbstaatlicher NGOs versuchen, die Arbeit der wirklich unabhängigen, kritischen NGOs zu unterlaufen.

Zum Nordkaukasus-Konflikt bezeichneten NGO-Vertreter und unabhängige Journalisten das Verhalten des Putin-Regimes als „irrational“ und „kontraproduktiv“. Gedrängt wurde auf eine Internationalisierung der Lösungsversuche, etwa durch eine internationale Kaukasus-Konferenz, und auf eine stärkere Einbeziehung von NGOs (weil staatliche Stellen in der Region inzwischen jede Glaubwürdigkeit verloren hätten). Ausdrücklich kritisiert wurden in die-

sem Zusammenhang Stellungnahmen „aus dem Ausland“, die die Wahlen in Tschetschenien als „legitim“ bezeichnet hätten und damit den kritischen Stimmen in Russland selbst in den Rücken gefallen seien.

In einem Gespräch mit Vertretern der deutschen Wirtschaft in Russland wurde deutlich, dass auch diese inzwischen die Entwicklung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mit Sorge betrachtet und auf diesem Gebiet mehr eigene Aktivitäten entwickeln will.

Insgesamt kann auch der Besuch in Moskau vor allem aufgrund der sehr positiven, offenen und interessierten Aufnahme, die die Delegation gerade bei kritischen Journalisten und NGO-Vertretern gefunden hat, als Erfolg bezeichnet werden.

Sowohl in Minsk als auch in Moskau wurde allerdings von verschiedenen Gesprächspartnern mit Erstaunen, ja Befremden zur Kenntnis genommen, dass die Delegation des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages bei diesem Besuch lediglich aus Vertretern der deutschen Oppositionsparteien bestanden hat.

Anlage: Programm

**Besuch des Menschenrechtsausschusses
des Deutschen Bundestages
in Minsk und Moskau
vom 14. bis 18. September 2004**

Programm

Delegation:

Herr Rainer Funke, MdB, Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages, FDP

Frau Irmgard Karwatzki, MdB, CDU/CSU

Herr Dr. Ole Diehl, Referent, FDP-Fraktion

Frau Isabella Gusenburger, Dolmetscherin

Herr Markus Weyand, Dolmetscher.

Dienstag, den 14. September 2004

- | | |
|-----------|---|
| 9:25 Uhr | Abflug Frankfurt a.M. nach Minsk
LH 3240 |
| 13:35 Uhr | Ankunft in Minsk (Flughafen Minsk-2), Abholung durch Botschaft und Fahrt ins Hotel (Internationale Bildungs- und Begegnungsstätte / IBB) |
| 14:50 Uhr | Fahrt in die Botschaft |
| 15:00 Uhr | Briefing durch Botschafter Dr. Hecker |
| 15:45 Uhr | Fahrt ins Außenministerium |
| 16:00 Uhr | Gespräch mit Leiter Hauptverwaltung Europa AM (= Abteilungsleiter),
Herrn Waleri Romaschko |
| 16:55 Uhr | Fahrt in die Botschaft |
| 17:00 Uhr | Gespräch mit Abgeordneten der Respublika-Gruppe des Repräsentantenhauses der Nationalversammlung (Abg. Frolow,
Abg. Parfenowitsch) (Botschaft) |
| 18:00 Uhr | Fahrt in die litauische Botschaft, dort Empfang (Anlass: LIT ist seit letzter Woche Kontaktbotschaft NATO) |

19:15 Uhr Fahrt in die Residenz

19:30 Uhr Empfang auf Einladung von Botschafter Dr. Hecker (Residenz) (bestätigt)

Teilnehmer:

Abgeordnete der Respublika-Gruppe sowie Abg. Nowosjad, Repräsentanten der außerparlamentarischen Opposition, NRO-Vertreter, Medienvertreter, ferner Botschafter der EU-MS, USA, OSZE

Mittwoch, den 15. September 2004

8:30Uhr Arbeitsfrühstück mit Botschafter Dr. Heyken (OSZE)

10:00 Uhr Gespräch mit den Vorsitzenden des Menschenrechts- und des Auswärtigen Ausschusses beider Parlamentskammern im weißrussischen Parlament
Abg. Tscherginez, Vorsitzender der Kommission für Internationale Angelegenheiten des Rats der Republik (Oberhaus)
Abg. Anatoly Malofejew, Vorsitzender der Kommission für Internationale Beziehungen des Repräsentantenhauses (Unterhaus)

12:00 Uhr Mittagessen im IBB mit Vertretern von NROs auf Einladung der Abgeordneten

Teilnehmer:

Frau Protko, Vorsitzende des Belarusischen Helsinki-Komitees
Herr Beljatzki, Vorsitzender des Menschenrechtszentrums "Wjasna"
Herr Woltschek (Rechtsvertreter der Familie Sacharenko)
Frau Stremkowskaja (Verteidigerin von Herrn Marinitsch, Direktorin des Human Rights Center)

14:00 Uhr Diskussionsveranstaltung mit Vertretern unabhängiger Bildungseinrichtungen über "Grenzen und Freiheit von Bildung und Wissenschaft in Belarus"

Teilnehmer:

Prof. Dunajew, Amtierender Rektor der EHU Minsk
Herr Kolas, Vorsitzender des Rats der blr. Intelligenz, Direktor des Nationalen Belarusischen Lyzeums
Vorsitzende der Studenteninitiative EHU
Schülersprecher des Lyzeums

16:00 Uhr Abfahrt vom IBB

16:30 Uhr Gespräch Stv. Jusitzminister Mickewicz

17:15 Uhr Rückfahrt zum IBB

- 17:30 Uhr Gespräch mit Abg. Nowosjad (IBB)
- 18:45 Uhr Abfahrt zur Residenz
- 19:00 Uhr Abendessen in der Residenz mit den Vorsitzenden der in den Parteienbündnissen "Fünf Plus" und "Europäische Koalition Freies Belarus" zusammengesetzten Oppositionsparteien

Teilnehmer:

- Herr Lebedko (Vereinigte Bürgerpartei)
- Herr Wiatschorka (Vorsitzender der Belarussischen Volksfront)
- Herr Schuschkewitsch (Staatspräsident a.D., Vorsitzender der Belarussischen Sozialdemokratischen Gramada)
- Herr Buchwostow (Vorsitzender der Arbeiterpartei)
- Herr Kaljakin (1. Sekretär des ZK der Partei der Kommunisten von Belarus)
- Herr Statkewitsch (Vorsitzender der Belarussischen Sozialdemokratischen Partei Narodnaja Gramada)
- Frau Matussewitsch (Frauenpartei Nadseja)

Donnerstag, den 16. September 2004

- 8:00 Uhr Ausschecken aus dem Hotel und Transfer zum Flughafen Minsk-2
- 10:25 Uhr Weiterflug nach Moskau
Flugnummer SU 156 Aeroflot
- 13:35 Uhr Ankunft der Delegation aus Minsk in Moskau,
Flughafen Scheremetjewo-1VIP-Abfertigung
- Abholung in der VIP-Lounge durch:
L-Pol Dr. Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven,
LR'in I Sibylla Bendig, Handy: +7-095-969-9462
- anschl. Fahrt zum Büro der Vorsitzenden der Kommission für die Menschenrechte
beim Präsidenten der Russischen Föderation, Frau Ella Alexandrowna Pamfilowa
- Unterwegs Briefing durch L-Pol Herrn Dr. Freytag von Loringhoven
- 16:00 Uhr Gespräch mit der Vorsitzenden der Kommission für die Menschenrechte beim
Präsidenten der Russischen Föderation Frau Ella Alexandrowna Pamfilowa
- anschl. Fahrt zum Ararat Park Hyatt Hotel

ca.

18:00 Uhr Ankunft im Hotel
Einchecken, Pause

Hotel Ararat Park Hyatt Moscow
Ul. Neglinnaja 4
Tel.: 007-095-783-1234
Fax.: 007-095-783-1235

19:00 Uhr Abfahrt vom Hotel zur Botschaft/Residenz Gesandter
Fahrzeit 30 Min.

19:30 Uhr Abendessen mit NGO-Vertretern
gegeben durch Gesandten Andreas von Mettenheim

anschl. Fahrt zum Hotel
Übernachtung

Freitag, den 17. September 2004

Frühstück im Hotel

8:30 Uhr Fahrt zur Menschenrechtsorganisation Memorial
Adresse: M. Karetny per. 12
Tel.: 209 78 83
Fax: 973 20 94

9:00 Uhr Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden von Memorial,
Herrn Arseni B. Roginski und seinen Kollegen
anschließend: Besichtigung des Archivs

10:15 Uhr Fahrt von der Menschenrechtsorganisation Memorial zur Redaktion der Zei-
tung „Nowaja Gaseta“

11:00 Uhr Treffen mit Korrespondentin der Zeitung „Nowaja Gaseta“, Frau Anna Stepa-
nowa Politkowskaja

12:00 Uhr Gespräch mit Herrn Grischankow, Mitglied der Duma, in der Duma

14:00 bis

15.30 Uhr Gespräch mit Herrn Grigori Alexejewitsch Jawlinski, Vorsitzenden der Demo-
kratischen Partei „Jabloko“
Begleitung: LR'in I Sibylla Bendig

19:00 Uhr Abendessen mit russischen Journalisten im restaurant Petrowitsch, gegeben durch den Leiter des Pressereferates der Botschaft Herrn Cord-Hinrich Meier-Klodt

Samstag, den 18. September

Rückreise